

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonn- und Festtage von morgens. Der Bezugspreis beträgt bei term. Zustellung im Jahre für Groß-Berlin 2,40 Mk. bei bester Postverbindung ohne Beleggebühr monatlich 7 Mk. bei Zustellung unter Straßenschild 4,10 Mk. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern des Postzustellungsplans für 1919 eingetragen.

Bestellschein: Die Adressen: Hauptpostamt Berlin über Herrn Kamm 79 Pl. „Kleine Zeitung“ das Postfach Nr. 40 Pl. jedes weitere Wort 20 Pl. Erwerbszulage 30 Pl. Bei Familien- und Ortsanmeldungen 100 Pl. der Zuschlag tritt. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 6 Uhr nachmittags bei der Expedition eingeleitet sein.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Amt Norden 2493 und 2494.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonntag, den 9. Februar 1919

Nummer 71

Die Einigung des Proletariats.

Von Rudolf Hilferding.

Ein schweres Verhängnis locket auf dem deutschen Proletariat. In den entscheidenden Tagen seiner Geschichte ist seine Kraft geschwächt und die Spaltung löst alle seine Aktionen.

Und wieder ist es wie ein Verhängnis. Je dringender und notwendiger die Einigung der Arbeiterklasse wird, desto unmöglicher scheint sie zu werden.

Alles Unheil kommt von der Spaltung. Sie hat in beiden Flügeln die Extreme gestärkt und bei den Mehrheitssozialisten der äußersten Rechten die Diktatur gesichert. Eine Diktatur, die in der Mehrheitspartei alle innere Parteidiskussion zu verhindern gewußt hat, und bis zum bitteren Ende die unsozialistische Kriegspolitik ermöglicht hat. Während in Oesterreich und Frankreich sich gegen das Ende des Krieges immer mehr eine Abwendung der Arbeiterschaft von der Kriegspolitik der Mehrheiten vollzogen hat und die Linke die Führung der Parteien übernommen hat, hat die Spaltung in Deutschland eine solche Entwicklung, die in ihren Anfängen bereits zu erkennen war, verhindert. Die Spaltung läßt eben die wirkliche Meinung der Arbeiterklasse überhaupt nicht zum politischen Ausdruck kommen.

Am 9. November hat das Proletariat die politische Gewalt erobert gehabt. Die Spaltung hat verhindert, daß es von seinem Sieg vollen Gebrauch machen konnte. Statt der proletarischen Einheitsfront gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, begann der Kampf des Proletariats untereinander. Eine geeinte Partei hätte eine Politik, wie sie die rechtssozialistische Führung betrieb, von vornherein unmöglich gemacht. Sie hätte verhindert, daß ein Teil der sozialistischen Führer mit dem Bürgertum gegen einen Teil der Arbeiterklasse schließlich eine gemeinsame Front gebildet hätte.

Eine einige sozialistische Regierung hätte sofort nach dem 9. November eine zuverlässige Volkswehr geschaffen, statt den Versuch zu machen, rivalisierende Gardeins Leben zu rufen. Und die geeinte Partei hätte eine ganz andere moralische Autorität besessen. Sinnlos, zersplitterte Einzelaktionen entgegenzutreten. Sie hätte eine wirkliche Regierungsmacht der Arbeiterklasse aufrichten können, statt die alle bürokratische Verwaltung an der Macht zu lassen, sie hätte zugleich mit dem Ausbau der Volkswehr die alte Armee vollständig demobilisiert und die Macht der Träger des alten Militärsystems beseitigt. Sie hätte die Sozialisierung ernsthaft in Angriff genommen und die geeinte Partei wäre als Mehrheit in die Nationalversammlung einbezogen. Der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft hätte dann unaufhörlich fortgesetzt werden können.

Es ist anders gekommen. Der Gegensatz zwischen den sozialistischen Parteien hat sich verschärft, die rechtssozialistische Führung ist vom Weg zum Sozialismus immer weiter abgewichen. Heute erhebt sich der niedergeborene Militarismus von neuem und statt einer sozialistischen Regierung ergreift die Herrschaft eine Koalition, in der die Bürgerlichen die Herren sind.

Wir sind der Überzeugung, daß die Hauptschuld an dieser Entwicklung die rechtssozialistische Führung trägt, deren Träger in Wahrheit nicht den Glauben an den Sozialismus besitzen und deshalb von Anfang an die Verbindung mit dem Bürgertum, die sie während des Krieges hergestellt hatten, aufrecht zu erhalten suchten. Aber ein Teil der Schuld trifft auch die deutsche Arbeiterschaft, die es nicht verstanden hat, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen.

Unseren sind die Gefahren, die der Revolution und dem Sozialismus drohen, immer größer geworden. Die neue Regierung wird diese Gefahren nur vermehren. Die „breite Parteibasis“, die die rechtssozialistische Führung aufstellen mußte, hat so nur den Sinn, einen möglichst großen Teil des Bürgertums zu gewinnen, um mit seiner Hilfe desto energischer und unbekümmter einem Teil der Arbeiterschaft entgegenzutreten zu können. Die Gegenseite innerhalb der Arbeiterklasse werden so immer weiter verschärft werden und über das gewaltene Proletariat wird die Bourgeoisie triumphieren.

Nur eine Rettung gibt es, das ist die Einigung des Proletariats, die den Boden schaffen kann für eine andere, wahrhaft sozialistische Politik. Die Einigung kann sich nicht vollziehen von oben her. Die rechtssozialistische Führung ist festgelegt, der Bund mit den Bürgerlichen ge-

schlossen, und sie verlangt die Einigung als vollständige Kapitulation.

Wir aber halten die Einigung nur für möglich im Gegensatz zu dieser Politik auf Grundlage eines Programms, das die Verwirklichung des Sozialismus, die Erhaltung der Macht des Proletariats sichert. Wir sind der Überzeugung, daß die sozialen Verhältnisse Deutschlands, der politische und ökonomische Zusammenbruch des Kapitalismus im Kriege den Sozialismus zur unbedingten Notwendigkeit machen. Wir wissen, daß der Widerstand gegen die Weiterführung der Revolution Deutschland in neue furchtbare Wirren stürzen muß, und wir zweifeln nicht daran, daß immer neue Arbeitermassen sich uns als den Trägern prinzipieller sozialistischer Politik anschließen werden.

Aber diese Entwicklung bedarf der Zeit und die deutsche Arbeiterklasse hat keine Zeit zu verlieren. Deshalb muß sie das Notwendige tun, um selbst von unten auf die Durchsetzung der sozialistischen Politik zu erzwingen. Dazu genügen aber nicht einzelne Vereine oder auch einzelne Betriebsversammlungen. Dazu bedarf es einer Massenbewegung, als deren Träger sich die Arbeiterräte von selbst darbieten. Die Arbeiterräte der Betriebe müssen große Betriebsversammlungen einberufen, in denen über die Einigung referiert wird. Die Versammlungen sollten Einigungsausschüsse wählen, paritätisch aus den Vertretern sozialistischer Parteien. Diese Ausschüsse müßten dann zusammentreten und aus sich heraus die Exekutivorgane wählen, die die Bewegung weiterführt und die Verbindung mit den anderen Industriezentren herstellt. Als Grundlage der Einigungsbewegung würden wir uns ein

Aktionsprogramm

denken, das etwa folgende Punkte enthielte:

Die nächsten Forderungen, auf die sich alle Arbeiter und Sozialisten einigen müssen, die die Fortführung der demokratischen in die sozialistische Republik erstreben, sind die folgenden:

I.

1. Schnelle Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige, vor allem des Bergbaus. Neben der Verstaatlichung ist insbesondere die Kommunalisierung oder Vergesellschaftlichung der dazu geeigneten Industrien durchzuführen. Die Kommunen erhalten durch ein Ermächtigungsgesetz alle dazu geeigneten Befugnisse.

2. Durchführung der Demokratie in den Betrieben. Als Träger der sozialpolitischen Aufgaben, als Kontrollinstanzen für die Betriebsführung und als Hilfsorgane bei der Durchführung der Sozialisierung sind Arbeiterräte in den Betrieben zu wählen. Alle Maßnahmen der Wirtschaftspolitik müssen als Endziel auf die Vergesellschaftlichung gerichtet sein.

II.

1. Die Partei steht auf dem prinzipiellen Boden des Erfurter Programms. Ihre Politik muß eine selbständige Arbeiterpolitik sein, die sich von opportunistischen Rücksichten auf die Bourgeoisie fernhält. Sie tritt ein für die volle, uneingeschränkte politische Demokratie, für volle Freiz., Vereins- und Versammlungsfreiheit. Sie verwirft alle gewalttätige Diktatur und hält die Gewalt in der inneren und äußeren Politik nur zur Abwehr von Gewalt erlaubt. Sie erklärt die Einberufung einer aus allgemeiner gleicher Verhältniswahl hervorgehenden Volksvertretung als die Trägerin der obersten politischen Gewalt für notwendig.

2. Zur Verwirklichung völler Demokratie und zur Durchführung des Sozialismus ist die gänzliche Beseitigung der alten Herrschaftsinstitutionen der Obrigkeit, der Bürokratie und des Militarismus notwendig. Daher ist die schnelle Erlegung der bürokratischen durch die Selbstverwaltung erforderlich. Die stehende Armee ist restlos zu beseitigen, die völlige Demobilisierung unverzüglich durchzuführen und die vom Rätekongreß einstimmig angenommenen Soldatenforderungen sofort zu verwirklichen.

3. Erhaltung und Ausbau des Rätesystems, dessen Befugnisse in der Versammlung festgelegt werden. Neben den wirtschaftlichen Funktionen erhalten die Arbeiterräte nachgehende politische Aufgaben: Die Delegierten d. Arbeiterräte treten alljährlich zu dem Kongreß zusammen, der aus seiner Mitte den Zentralrat wählt. Der Zentralrat hat das Recht: Die Vorlagen an die National-

versammlung vor ihrer Einbringung zu prüfen; selbständig Gesetzesentwürfe an die Nationalversammlung einzubringen; bei Ablehnung der von ihm eingebrachten Gesetzesvor schläge durch die Nationalversammlung eine Volksabstimmung durch die Regierung herbeiführen zu lassen. Er erhält ferner das Recht auf ein aufchiebendes Veto gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung. Der Einspruch hat zur Folge, daß das Gesetz einer Volksabstimmung unterbreitet werden muß.

4. Zur Sicherung der Bevölkerung und ungestörten Durchführung der Regierungsgeschäfte ist die Errichtung einer republikanischen Volksarmee unverzüglich in Angriff zu nehmen, die vollständig auf demokratischer Grundlage aufgebaut ist. Sie kann die Grundlage einer künftigen Militz sein, falls auf dem Friedenskongreß nicht die völlige Abrüstung zur Durchführung kommt.

5. Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik verlangt die Partei getreu ihren Grundsätzen den Abschluß eines demokratischen Friedens, dessen Dauer durch die Errichtung eines Völkerbundes und Durchführung der Abrüstung gewährleistet ist. Sie verwirft jeden Gewaltfrieden, sie nimmt aber auch für das deutsche Volk sein volles und unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht in Anspruch. Sie wünscht bis zum Zusammentritt des Friedenskongresses die Vermeidung alles gewalttätigen Vorgehens und hält auch für die Ostfragen den Weg der Verhandlungen für allein Erfolg versprechend. Sie hält die ehefte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Nationen für eine dringende Notwendigkeit.

Als wichtiges Mittel sozialistischer Außenpolitik betrachtet sie die Wiederherstellung der Arbeiter-Internationale.

Die Partei ist der festen Überzeugung, daß die Verwirklichung des Sozialismus zur Vorbedingung hat die Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse auf dem Boden dieses Programms. Die Spaltung in mehrere Parteien schwächt die proletarische Aktion und verursacht schwere Konflikte, die die Handlungsfähigkeit des Proletariats lähmen. Die Spaltung beruht nicht auf tiefgehenden Gegensätzen in den Arbeitermassen selbst, sondern auf verfehlter Politik der Führung. Die Einigung des Proletariats kann nur von unten auf verwirklicht werden, sie muß das Werk der Arbeiter selbst sein. Führer, deren Politik die Arbeitermassen getrennt erhält, dürfen kein Hindernis für die Einigung sein, sie müssen zurücktreten. Nur im Zeichen der Einigung wird der Sozialismus siegen.

Wir verhehlen uns nicht, daß der Weg, den wir vorschlagen, seine Schwierigkeiten hat. Aber wir sind überzeugt, er ist gangbar. Er muß gegangen werden, weil sonst die Sache der Revolution und des Sozialismus verloren ist. Nur unter dem Druck einer unabwehrlichen Massenbewegung kann sich die Einigung vollziehen.

Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokraten wird sich ernst und ausführlich mit der Einigungsfrage zu beschäftigen haben. Wir haben an der Einigung wahrlich kein Fraktionsinteresse. Die Regierungspolitik sorgt dafür, daß unsere Partei rasch wächst, daß die Abonnenten unserer Presse, die Mitglieder unserer Organisationen sich ständig und schnell vermehren. Niemand von uns zweifelt daran, daß unserer Partei die Zukunft gehört. Aber wir sind uns bewußt, kein enges Fraktionsinteresse vertreten zu dürfen, sondern das Gesamtinteresse der deutschen Arbeiterklasse und des Sozialismus. Und da fürchten wir, daß für die Arbeiterklasse die Einigung zu spät kommen kann, daß es dann von ihr heißen könnte, sie hat ihre Zukunft schon hinter sich.

Daß das nicht geschehe, das ist Sache der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, der Arbeiterräte. An sie tritt jetzt die Pflicht heran, zu handeln!

Zimmer 124.

Borjestern veröffentlichten wir Material zur Verhaftungssaffäre des Genossen Richard Müller, das für die Regierung außerordentlich belostend ist. Wir wiesen darauf hin, daß die aufgedeckten Räden vom Leutnant Görjan zum Großen Generalstab und zur Reichskanalei hinführen. Wir erwarteten eine sofortige Milderung der Regierung. Sie ist bisher nicht erfolgt. Lediglich das Generalkommando Lüttich legt Wert auf die Feststellung, daß Görjan keinem seiner Freiwilligenverbände angehöre und mit ihm nicht in Verbindung stehe. Qualeich lehnt die Kommandantur Berlin jede Verantwortung für das „eigenmächtige Vorgehen“ Görjans ab.

Die Regierung aber schweigt. Sie, die sonst mit Dementis gegen die „Freiheit“ nicht schnell genug bei der

Sand sein kann. Hört sich sehr in feierlichem Schmelzen. Niemand kennt plötzlich die Mitglieder der geheimen Komorra, die seit Wochen die Berliner Bevölkerung terrorisieren. Major v. Stockhausen vom Großen Generalstab klagt weder dem Leutnant Görans, noch seinen Auftragsgeber, den Hauptmann Dr. Gärtner.

Aber im Zimmer 124 des Großen Generalstabs sitzt der Dr. Gärtner als Leiter einer Spitzelorganisation, die sich Politisch-Parlamentarische Nachrichtenstelle der Regierung nennt. Dieser Dr. Gärtner, der in der Reichskanzlei aus- und einacht, sieht wiederum im Dienste des Rittmeisters v. Maar vom Großen Generalstab, dem die "Abteilung Bernburg" unterstellt ist und der noch eine Reihe anderer Personen sehr intensiv beschäftigt.

Der alle diese Dinge weiß die Regierung natürlich nichts. Sie weiß auch nichts, woher die großen Mittel stammen, mit denen die genannte geheime Organisation arbeitet. Nur ist es wohl auch ein Rätsel, wer den famosen Leutnant Görans mit einem Militärdiplom und Geldmitteln ausstatten und ihm Soldaten zur Verfügung stellt hat? Sie weiß von nichts, diese abnusslose Regierung. Und sie hütet sich, um ihre blütenweiße Unschuld und Abnusslosigkeit zu bewahren, den Schleier von Dingen fortanziehen, hinter denen sich das grinfende Kuller der schändlichsten Korruption und Willkürherrschaft verbirgt.

Bürgerliche Mehrheit der Reichsregierung.

Dem Kuhhandel über die Befragung der Regierungsposter ist durch den Anspruch der bürgerlichen Parteien auf die Erhebung der Stelle des Präsidenten der Nationalversammlung durch einen der ihren eine neue Schwierigkeit entstanden. Also nicht durch die sachliche Gegenstände vergrößert sich die Regierungsbildung, sondern durch die Personfrage. Die Rechtssozialisten sind auf sachlichem Gebiet zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Aber sie scheuen sich doch, das auch in der Zusammenfassung der leitenden Posten zum Ausdruck zu bringen. Ueber die Zusammenfassung der eigentlichen Reichsregierung verbreiten die "F. R. N." folgende Liste:

Ministerpräsident: Scheidemann, Vizepräsident: Bayer, Landesverteidigungsminister: Kossel (Soz.), Reichsarbeitsamt: Bauer (Soz.), Reichswirtschaftsamt: Müller (Soz.), Ernährungsamt: Robert Schmidt, Demobilisierungsamt: Wissell, Minister ohne Portefeuille: Landsberg (Soz.), Reichsamt des Innern: Preuß (Dem.), Reichsfinanzamt: Schiffer (Dem.), Minister ohne Portefeuille: Raumann (Dem.), oder Peterlen-Samburg, Reichsfinanzamt: Müller-Fulda (Str.), Reichskolonialamt: Erzberger (Str.), Reichspostamt: Stegerwald (Str.), Reichsjustizamt: Bell (Str.). Außerhalb der Parteifkombinationen bleibt das parteineutrale Ausschärfamt mit Graf Brodorsky-Rançon.

Die Reichsregierung wird demnach aus 8 Bürgerlichen und 7 Sozialisten bestehen. Das ist die glorreiche Errungenschaft, die der Arbeiterklasse dargeboten wird! Auch die gestrigen Verhandlungen der Nationalversammlung atmeten bürgerlichen Geist. Zur Beratung stand der Entwurf über die Reichsgewalt. Der Staatssekretär des Innern, Preuß, begründete ihn. Der Entwurf sei ein Kompromißentwurf; aber die Notwendigkeit, den Entwurf sofort zu verabschieden, sei seine Rechtfertigung. Ohne Debatte wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt.

Deutsche Nationalversammlung.

Dritte Sitzung vom Sonnabend, den 8. Februar Nachmittags 3 Uhr.

Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 45 Minuten.

Als Schriftführer sind gewählt: Fischer (Soz.) mit 384 Stimmen, Dr. Neumann-Oster (Dem. V.) und Stücken (Soz.) ebenfalls mit je 384 Stimmen. Dr. Pfeiffer (Chr. V.) mit 382 Stimmen, Kämpfer mit 382 Stimmen, Holz mit 381, Kalkewich (D. nat. V.) mit 376 und Frau Agnes (H. S. V.) mit 61 Stimmen.

Es beginnt die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Staatssekretär Dr. Preuß:

Der Kern und die Vollmacht zur Schaffung der Verfassung liegt in der Souveränität der Nation. Deutschland wird ein sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter der Mitwirkung aller seiner Glieder. Wenn über manches Zweifel bestehen mögen.

Die Förderung der Einheit

Ist die Forderung der ganzen Nation. Sie empfinden darin angebetet. Vor Jahren die verfallene gebende Nationalversammlung in Weimar steht. Die Schwierigkeiten, die auf diesem Wege zu finden sein werden und das Ziel. Es bedarf das, was durch die Revolution geschehen ist, nunmehr der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung durch diese hohe Versammlung. Auch in den Wirren der letzten Vergangenheit ist bei allen Stürmen und Zwischenfällen, die mit den revolutionären Zuständen untrennbar verbunden sind, im großen und ganzen der ordnungsmäßige Gang der Geschehnisse im wesentlichen aufrechterhalten worden. (Wissell.) Ein großer und mächtiger Drang in unserem Volke geht nach stärkerer Vereinheitlichung, ein Drang nicht nur des Gefühls, sondern auch der harten materiellen Notwendigkeit. (Zustimmung.) Will Deutschland nach allem, was geschehen ist, wieder aufstehen unter den Nationen, so muß es mehr noch als bisher seine Einheit betonen und stärken. (Sehr richtig!) Aber der Gegensatz dazu liegt keineswegs bloß in den Dynastien, es ist vielmehr eine segensreiche und fruchtbare Eigenschaft unseres Volkes, daß es mit Herz und Seele an den Einrichtungen, an dem Leben engerer Gemeinschaft hängt. Auch von dem gar nicht fast genug zu betonenden Standpunkt der Reichseinheit aus wäre es doch verfehlt, diesen Trieb und Drang lediglich bekämpfen zu wollen. (Sehr richtig!) Auch in ihm liegen Stärken unseres Volkes. Aber einfließen müssen sie sich in die Bedingungen der Stärke und Existenz unseres gesamten deutschen Vaterlandes. (Sehr richtig!) Möglichst muß dieses Ziel auf dem Wege freundschaftlicher Vereinbar- und vollbracht werden. Soweit es irgend möglich ist, soll jede Klärung der Verhältnisse werden. (Sehr richtig!) Lebensnotwendigkeiten der Gesamtheit dürfen aber keineswegs daran er leiden. (Sehr richtig!) Wir müssen so schnell wie möglich eine rechtliche Ordnung schaffen, die durch die Sanction dieser souveränen Versammlung die Organisation darstellt, die im Innern Deutschlands eine solche Einheit ausüben kann und die dem Ausland gegenüber über jeden Zweifel erhaben — berechtigt ist, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. (Beif.)

Um den vorliegenden Entwurf der Befragung einer vorläufigen Regierung schnell zustande zu bringen, auf der Seite des neuen Widerstandes, müssen Verhandlungen geführt und Kompromisse geschlossen werden. Er kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Gerade die weitreichendsten und schwierigsten Fragen, so die

der Kompetenz zwischen Reich und Einzelstaaten

mußten hier von vornherein angeschaltet werden, denn über sie wäre eine schnelle Einigung nicht möglich gewesen. Der Staatssekretär geht dann auf den Entwurf im einzelnen ein und führt u. a. aus: Einem dringenden Verlangen der Einzelstaaten entsprechend, ist einem

Staatsauschuß

die Befugnis verliehen worden, zu dem Verfassungsentwurf vorher Stellung zu nehmen. Aber wie auch diese Stellungnahme ausfällt, es bleibt die Möglichkeit, daß der Verfassungsentwurf der Nationalversammlung zur Entscheidung unterbreitet wird. Ueber die Verfassung entscheidet die Nationalversammlung selbst endgültig, mit der einzigen Ausnahme des Paragraphen 4, wonach der Gebietszustand der Freistaaten nur mit deren Zustimmung abgeändert werden kann. Anders, als bei der Reichsverfassung selbst soll der Gang bei den anderen dringenden Gebieten sein, für die die Nationalversammlung in Frage kommt. Oder wird eine Zustimmung der einzelstaatlichen Vertretungen vorgegeben, eine Uebereinstimmung zwischen dem Staatsauschuß und der Nationalversammlung. Aber auch bei Anlehnung eines Beschlusses der Nationalversammlung durch den Staatsauschuß ist die Möglichkeit vorzuziehen.

die strittige Frage im Wege der Selbstbestimmung

zur Entscheidung zu bringen. Gewisse Rechtmäßigkeiten zwischen dem Staatsauschuß und den früheren Bundesräten bestehen zweifellos. Wir müssen und wollen uns mit den Vertretungen der Einzelstaaten einigen. Selbst das aber nicht, so ist die Verantwortung der Reichsregierung besetzt, mit ihrem Entwurf vor die Nationalversammlung zu treten. Einer differenzierenden Mehrheit des Staatsauschusses steht, ebenfalls der Weg zur Nationalversammlung offen. Diese Wendung verhindert, daß nicht Entwürfe der Reichsregierung von vornherein im Schoße des Staatsauschusses verschwinden können. Auch bezüglich der

Zuständigkeiten des vorgesehenen Reichspräsidenten

ist es vermieden worden, in die Einzelheiten einzutreten. Am rechten und linken sind es die Befugnisse, die republikanischen Staatsoberhäuptern zugesprochen werden, unter verantwortliche Leitung eines Ministeriums, das dieser Nationalversammlung verantwortlich ist und von deren Vertrauen abhängt. Damit wird eine wahre politische Verantwortlichkeit des Reichsministeriums gegenüber der Nationalversammlung erreicht. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen von jetzt an auf dem Wege der Reichsgesetzgebung. Auf dem Gebiete der internationalen Verträge wird das bisherige Recht einseitigen aufrechterhalten mit dem Zusatz, daß im Hinblick auf den Völkerverbund, wenn in diesem allen seinen Mitgliedern die gleiche Verpflichtung auferlegt wird, alle Verträge der parlamentarischen Zustimmung bedürfen sollen, und daß damit mit dem System der Geheimverträge gebrochen wird. Wir haben Abstand genommen, schon jetzt dieses Verfahren einzuführen, um nicht Deutschland auf dem Gebiete internationaler Verbindungen schlechter zu stellen als andere Staaten. Die

tätigen Reichsminister

sind für ihre Reserververwaltung unmittelbar der Nationalversammlung verantwortlich, und nicht mehr so wie früher, Mitgliedern des Reichstags. Daraus wird sich die Notwendigkeit eines föderalen Zusammenwirkens ergeben, die in der bisherigen Ordnung nicht vorhanden war. Das an der Spitze des Reichsministeriums ein Ministerpräsident stehen soll, darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Der Entwurf verläßt keineswegs die Wege, die bei der bisherigen Verfassung zu gehen sind. Wir stehen jetzt

vor der Aufgabe, die großdeutsche Republik zu gründen;

und keine der Bestimmungen dieses vorläufigen Entwurfs steht den von der Nationalversammlung etwa zu billigenden organisatorischen Bestimmungen der definitiven Verfassung im Wege. Rüge der Gedanke, der diesem Kompromißentwurf zugrunde liegt: der Gedanke der Vereinigung, der Gedanke, auf dem Wege des möglichst geringen Widerstandes dem neuaufrichtenden Deutschen Reich so schnell wie möglich eine anerkannte Regierung zu geben, möge er auf allen Seiten dieser hohen Versammlung Anklang finden.

Wortmeldungen liegen nicht vor; die erste Beratung ist also geschlossen. Nächste Sitzung Montag, 10. Februar, nachmittags 3 Uhr. (Zweite Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfes.)

Rücktritt der Sozialisierungskommission?

Weimar, 8. Februar Wie glaubhaft verlautet, hat die Sozialisierungskommission ihre Mandate der Regierung zur Verfügung gestellt.

Der Ruf nach Einigung in Kiel.

Überall wo die Arbeiterkraft sich von dem blutigen Säbel Kossels bedroht sieht, wo sie die Brutalität der sozialistischen Regierung Ebert-Scheidemann am eigenen Leibe zu spüren bekommt, schließt sie sich Kassenbewußt zusammen. In Bremen hat, das muß immer wieder betont werden, die gesamte Arbeiterkraft, auch der mehrheitlich sozialistische Teil, sich für Verhandlungen gegen Wutergießen eingelassen. Nur die 5 Verräter, die jetzt gestiftet auf die Bajonette Gerstenbergs, die neue Bremer Regierung bilden, führen noch Verden und sorgen dafür, daß es zum Wutergießen kam.

In Hamburg schlossen sich die Arbeiter zusammen und in Kiel, wo man ja Kossel kennt, folgten sie dem Beispiel. Der A. und S.-Rat nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Nachdem die gesamte Arbeiterkraft Bremens mit Einschluß der Mehrheitssozialisten die Garantie für die Ordnung Bremens übernommen hat, wäre ein Einmarschieren der Division Gerstenberg in Bremen und das dadurch entstandene Wutergießen zu vermeiden gewesen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat fordert die Regierung dringend auf, zu einer Befragung des Konjunktur auf dem Verhandlungsweg zu gelangen und die Division Gerstenberg aus Bremen sofort zurückzuführen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt es, um gegenrevolutionäre Störungen im Arme zu vermeiden, als dringend notwendig, daß sich die Arbeiterkraft einigt auf dem Boden des erstarrten Proletariats.

Er erwartet von der Nationalversammlung die Auffassung einer demokratischen Volkswehr, um die jetzt bestehenden Soldatentruppen überflüssig zu machen.

Ein Abtransport von Lebensmitteln an die Gierne Division findet nicht statt.

Die Regelung des Sicherheitsdienstes für Kiel wird den Vertrauensleuten der Soldaten übertragen.

Die Kieler Sicherheitsstruppe wird neu formiert. Es sollen auch Leute eingestellt werden, die schon entlassen waren und die

die Gewähr dafür bieten, daß sie die Errungenschaften der Revolution aus Ueberzeugung verteidigen werden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt, für die Errungenschaften der Revolution selbst mit allen Kräften einzutreten.

In diesem Sinne empfiehlt er der Kieler Arbeiterkraft, am Freitag wieder in die Betriebe zu gehen, weil nur eine Steigerung der Produktion und aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten heraus und dem Sozialismus entgegenzuführen kann.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Kiel.

Die rechtsjournalistische „Kieler Volkszeitung“ schreibt ganz im gleichen Sinne.

„Dem Bürgerturn, sagt sie, wüßte der Mut. Reich kann es der Regierung gehen wie dem Hauberrichling, der die Geister, die er rief, nicht wieder los wird.“

Die Gefahr der Gegenrevolution läßt sich nur bannen, wenn endlich ernst gemacht wird mit der Einigung des Proletariats, die seit langem der schändliche Wunsch aller derer ist, denen das Schicksal der deutschen Revolution und des Sozialismus am Herzen liegt. Wäre es in allen Schichten der deutschen Arbeiterkraft der Erkenntnis zum elementaren Durchbruch verfallen, daß uns nur noch retten kann die Einigkeit des Proletariats. Die Bremer und Hamburger Genossen haben den Weg gezeigt, der zum Ziele führt. Wer wolle zögern, lassen zu folgen!

Das Organ der Unabhängigen, die Kieler „Republik“, drückt diese Ausführungen ab und läßt sich ihnen völlig an.

Aber schon sind dunkle Elemente am Werke, die Einigung zu hintertreiben. Wolff meldet aus Kiel:

Kiel, 8. Februar. Die beiden Führer des Roten Soldatenbundes in Kiel, Plume und Walsch, sind gestern verhaftet worden. Der über Kiel verhängte Belagerungszustand ist heute wieder aufgehoben worden.

Gestern Abend brang eine Abteilung Bewaffneter in die Geschäftsräume der „Republik“, des Organs der hiesigen unabhängigen sozialdemokratischen Partei, ein. Die die „Republik“ angeht, wurden dabei Manuskripte und sonstige Geschäftsgegenstände sowie Spinnmaterial, darunter auch fertiger Satz für die heutige Zeitung, teils durcheinandergeworfen, teils völlig unbrauchbar gemacht. Eine große Anzahl von Zeitungen, Manuskripte und andere Gegenstände wurden auf die Straße geschleppt und verbrannt.

Man weiß, wem daran liegt die Einigungsbewegung zu lähren. Man kennt die Praktiken solcher Gewalttätigkeiten. Aber wir hoffen, daß sich die Klassenbewußte Arbeiterschaft durch solche Verunruhigungs- und Geheimniser nicht mehr von dem großen Ziel der Einigung abbringen läßt.

Die Irreführung der Beamten.

Ueber die Ursachen und den Verlauf des Hamburger Beamtenstreiks teilt die „Hamburger Volkszeitung“ folgende sehr wichtige Einzelheiten mit:

Die höhere Beamtenschaft hatte verurteilt, die gesamten Bahn- und Soldaten gegen den A. und S.-Rat und gegen die geeinigten sozialistischen Parteien aufzutreten. Unter Verpiegelung falscher Tatsachen war den Beamten unteren Beamten erzählt worden, die Hamburger Arbeiter wollten eine Schreckensherrschaft organisieren und die Beamten in ihren Rechten beschneiden. Die sogenannten unteren Beamten waren jedoch mißtrauisch genug, auf diesen Schwindel ihrer Vorgesetzten nicht hereinzufallen. Mittwoch Abend, 1. März im Conphauboth eine Riesensammlung der Eisenbahnangehörigen. Einmütig stellte man sich hinter den A. und S.-Rat und hinter die sozialistischen Parteien, nachdem Arbeit über die politische Lage geschaffen war. 6000 Eisenbahn- und sämtliche unteren Telegraphenbeamten versammelten, den Dienst ohne die „höheren“ Beamten durchzuführen und den Nachweis zu erbringen, daß es auch ohne die sich nach ganz vorgelegte preussisches Militärführung stehenden oberen Beamten geht. Unter diesem Druck konnte der sog. Kommandant, der beschloß die Wiederaufnahme der Arbeit.

Auch in anderen Städten treten die Versuche der höheren Beamten, sich zur Erreichung ihrer politischen Zwecke der unteren Beamtenschaft zu bedienen, immer deutlicher hervor. Der Beamtenstreik soll nach den Absichten ihrer Urheber das Mittel zur Stille der reaktionären höheren Beamtenschaft werden. Diese Versuche sind jetzt auch in einigen Reichsämtern in Berlin im Gange! Aber wie in Hamburg, so werden auch hier die unteren Beamten sich wohl kaum hergeben, die Beamten zu lähnen, zu denen sie immer im stärksten Gegensatz gestanden haben und die ihnen den Aufstieg verstopfen. Ein Streik der höheren Beamten könnte die Belegenheit sein, den Beweis zu liefern, wie überflüssig diese sich unentbehrlich dünkenden Säulen des altreaktionärsten Kurzes sind.

Ein neuer Vorstoß der Kolonialinteressen.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft verbreitet durch Wolffs Bureau folgende Kundgebung:

„Zeitungsnotizen zufolge ist in Weimar in Aussicht genommen worden, das Reichskolonialamt als solches eingeben zu lassen und es als Unterstaatssekretariat dem auswärtigen Amt anzugliedern. Sollte diese Angabe den Tatsachen entsprechen, so würde das dem Ausland gegenüber nichts anderes bedeuten als einen weder berechtigten noch gerechtfertigten Mißbrauch in der Vertretung unserer kolonialen Interessen, die wir uns so sehr bedauern müßten, als der Widerball der kürzlich veranstalteten kolonialen Protestkundgebungen deutlich genug bewiesen hat, daß das deutsche Volk nicht daran denkt, seine kolonialen Rechte der englisch-französischen Vandalen zu opfern.“

Die kürzlich stattgefundenen kolonialen Kundgebungen haben lediglich bewiesen, daß es in Deutschland immer noch eine Anzahl unbeherrschter Weltmachtphantasten gibt, die ihre Propaganda für die Kolonien wieder aufgenommen haben. Das Volk selbst hat wichtigere Sorgen und würde es mit dem größten Gleichmut hinnehmen, wenn wirklich der lurchbare Plan der Auslösung des Reichskolonialamts durchgeführt würde.

Uebriens: wie kommt Wolffs Bureau dazu, Treiberreien Vordruck zu leisten, hinter denen sich offensichtlich einseitige Ressortinteressen verbergen?

Bandervelde schwer verunglückt.

Brüffel, 8. Februar. (Dobos.) Das Automobil Bandervelde fuhr mit einem Strahlenwagen zusammen. Bandervelde wurde am Kopf schwer verletzt.

Das Blutbad in der Weinmeisterstraße.

Wiederum ist in den Straßen Berlins Blut geflossen. Nachdem trotz aller Provokationen und aller Anfeindungen von bevorstehenden Ausschreitungen der „Socialisten“ Ruhe in Berlin herrscht, haben es die von der Regierung gebildeten Truppenkörper schließlich doch noch gewagt gebracht, daß wiederum unschuldige Menschen in den Straßen Berlin getötet und verwundet wurden. Immer neue Freiwilligenkorps werden gebildet, immer mehr lebt in den sie führenden Offizieren das Bedürfnis, die Notwendigkeit ihres Daseins zu beweisen. Die Ruhe in den Straßen Berlins ist deshalb ihr gefährlichster Feind. Angetrieben von der provokatorischen Hebe der Reaktion und geführt von Offiziersbildungen, denen das Waffenhandwerk die einzige Möglichkeit ihrer Existenz bietet, sind diese Freiwilligenkorps die allergrößte Gefahr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Nachdem bereits vor einigen Wochen bei einer Durchsuchung der Häuser in der Weinmeisterstraße Blut geflossen ist, mußte die Regierung wissen, daß sie diese freiwilligen Truppen und Befehrer deren Offiziere nicht in der Hand hat. Wenn bei ihr der Wille herrschen würde, Bittvergesen zu vermeiden, so dürfte sie eine solche Aktion nicht einleiten. Aber wie die von uns widergegebenen Berichte von Augenzeugen beweisen, ist die Angabe, als ob es sich nur um die Durchsuchung der Häuser nach Waffen handelt, durchaus falsch. Die Militärkamarilla plant seit längerer Zeit ein „Unternehmen gegen Berlin“. Und da für die Berliner nicht den Gefallen getan haben, den Anlaß zum Eingreifen der Truppen zu geben, so sollte er eben durch die angeblichen Waffendurchsuchungen hervorgerufen werden.

Selbstverständlich versucht auch jetzt wieder die Regierung die Schuld an diesem Blutvergießen der Bevölkerung zuzuschreiben. Nach einer von Wolff verbreiteten Darstellung sei es beim Rückmarsch der Regierungstruppen zu gelegentlichen Zusammenstößen gekommen, da der dort herumlungernde Mob die abziehenden Truppen bedrängte. Mitleid angriff und sogar mit Steinen bewarf. Die Truppen machten deshalb in berechtigter Notwehr von der Waffe Gebrauch. Aber niemand von den Augenzeugen hat davon etwas bemerkt. Im Wirklichen zeigen die beiden nachfolgenden Berichte von Mitgliedern der republikanischen Soldatenwehr, daß von einem tödlichen Angriff in keiner Weise gesprochen werden kann, sondern daß die Soldaten, von der Menschenmenge angefaßt, ihre Waffen gerichtlich. Blut und Erbitterung überließ hat dann die Offiziere veranlaßt, zu schießen und Unschuldige, völlig Unbeteiligte zu töten. Die Schuld an diesem neuen Blutbad ruht deshalb auch wieder bei den Organisatoren der Freiwilligenkorps, den Ebert-Scheidemann-Mobbe. Alle Erbitterung wird sich gegen sie wenden.

Am Sonnabend mittag war die Umgebung der Rosenhofer Straße und Weinmeisterstraße wieder einmal der Schauplatz wüster Schießereien der Regierungstruppen, die mehrere Tote und viele Verwundete zur Folge hatten. Im „Mittags-Abendblatt“ wird darüber ein vollständig entstellter Bericht gegeben, der in keiner Weise den tatsächlichen Tatsachen entspricht und offensichtlich nur den Zweck verfolgt, die Schuld an den blutigen Vorgängen dem Publikum in die Schuhe zu schieben, statt den Regierungstruppen, die in Wirklichkeit die wahren Schuldigen sind. In dem Bericht wird gesagt, daß es sich um einen Kampf zwischen Regierungstruppen und wilden Schändlern gehandelt habe. Das ist aber absolut unrichtig. Um einen Kampf handelt es sich überhaupt nicht, sondern es war wieder einmal die so „berühmte“ Wiederherstellung der Ordnung, zu der die Reinhardt-Ordnung von dem Berliner Oberkommandanten Noske befehligt worden ist.

Unsere Ermittlungen über diese blutigen Vorgänge lassen sich zu folgendem Laubbericht verzeichnen: In den angegebenen Straßen sollten Sonnabend vormittag die Häuser nach Waffen durchsucht werden, weil angeblich am Abend vorher aus einigen Häusern geschossen worden sein soll. Zu diesem Zweck war ein großes Truppenaufgebot abkommandiert, in der Hauptstraße Angehörige des Reinhardt-Regiments, aber auch eine Schwadron des 5. Manen-Regiments, die in Scharflichte in Quartier liegt und seit Freitagabend in Alarmbereitschaft stand. Dabei wurde der Schwadron bekanntgegeben, daß

ein „Unternehmen gegen Berlin“

gemacht werden müsse.

Durch die starke Heranziehung der Truppen blieb die ganze Gegend wieder einem Feldlager. In verschiedenen Stellen, u. a. auch am Haken Markt, waren Maschinengewehre aufgestellt, außerdem fanden dort starke Abteilungen mit Stahlhelmen, Gewehren und Handgranaten ausgerüsteter Soldaten. Auch in den Nebenstraßen, besonders in der Sophienstraße, waren starke Truppen bereitgestellt. Hierdurch wurde naturgemäß die Reizgierde der Straßenpassanten aufs schärfste hervorgerufen. Überall bildeten sich wieder die gewohnten Menschenansammlungen, die distanzierend umherwandern und zum großen Teil sich in Vermutungen gegen die Weiße Garde und deren Beschützer ergingen. An einigen Stellen traten Zwisperionen, aber auch Roten und andere entlassene Soldaten an die Reinhardt-Truppen heran und unterhielten sich mit ihnen über die verfolgten Absichten bei ihrer Anwesenheit, die nur gegen das Volk gerichtet seien. Einigen gelang es auch mitleidig, eine Anzahl der Reinhardt-Truppen zur Abgabe ihrer Gewehre zu bewegen. Diese wurden dann gleich an Ort und Stelle auf dem Erdboden zertrümmert. Jedoch den Offizieren und Kapitänen unter der Reinhardt-Truppen befehligte. Diese Vorgänge nicht, und sie ließen Verstärkung herbeiholen. Diese erschienen auch dann gleich und forderte die Menge auf, auseinanderzugehen. Dieser Aufforderung zunächst durch Schreischüsse in die Luft nachdrückend. Aber immer wieder sammelte sich neues Publikum an, so auch an der Rosenhofer, der Weinmeisterstraße. Im Sophienplatz in der Weinmeisterstraße war das Hauptquartier der Reinhardt-Truppen. Der dort befehligende Offizier gab nun ungefähr um 1 Uhr ebenfalls Befehl, die Ansammlung auseinander zu lassen. Es wurde gerufen: „Straße frei, es wird geschossen!“ Das Publikum ergriß nun wieder die Flucht. Gleich darauf flogen auch mehrere Schüsse. Aber, obgleich — wie einige Zeugen geschildert haben wollen — der Offizier befehligt hatte, daß in die Luft geschossen werden soll, hielten einige blutgierige Subjekte ihre Schusswaffe direkt in die fliehende Menschenmenge hinein, und Tote und Verletzte bedeckten den Erdboden. Dieses Spiel wiederholte sich kurze Zeit darauf noch

einmal. Die Erregung des Publikums stieg natürlich dadurch auf das höchste Maß der Erbitterung. Seine Wut richtete sich am meisten

gegen einen Offizier des Manen-Regiments,

bei dem die Beobachtung gemacht worden war, daß er seine Schusswaffe direkt auf ein vorübergehendes junges Mädchen gerichtet hatte und diese durch einen Schuß in den Kopf auf der Stelle tötete. Jetzt erst begann die Menge gegen das Schulgebäude, wohin sich der betreffende Offizier zurückgezogen hatte, vorzudringen, aber nicht mit irgend welchen Waffen, wie der Bericht im „Mittags-Abendblatt“ angibt, sondern vollständig waffenlos und nur immer wieder Vermutungen gegen den Offizier und gegen die betreffenden Soldaten, die auf das Volk geschossen hatten ausstehend. Auch verlangte man die Freilassung eines Zivilisten und eines Matrosen, die festgenommen waren, weil sie sich über das Vorgehen der Soldaten entrüstet hatten. Nur der Besonnenheit einiger Personen aus dem Publikum, Angehöriger der republikanischen Soldatenwehr und eines Unteroffiziers von der Reinhardt-Truppen gelang es, die Menge zurückzuführen. Es wurde vereinbart, daß die Festgenommenen wieder entlassen werden sollten, während an das Publikum die Aufforderung gerichtet wurde, kann oder auch die Straßen zu räumen. Die Freilassung des Zivilisten erfolgte auch sodann, nicht aber die des Matrosen, die nunmehr ebenfalls noch härmlich verlangt wurde. Viele der Umstehenden folgten aber denn doch der an sie gerichteten Aufforderung und gingen weiter. Aber dadurch, daß nicht zu gleicher Zeit auch die Truppen von der Straße genommen wurden, sammelten sich immer wieder aufs neue Straßenpassanten, und so bot das Straßenbild noch bis zum Abend immer wieder erregte Szenen, ohne daß es aber dann noch zu neuen Zusammenstößen kam.

Auch bei sonst ganz ruhigen Zuständen dieser Vorgänge läßt sich klaren Protest aus, daß unter den Reinhardttruppen sich ganz blutjunge Vurschen befinden, die gar nicht mit einem Gewehr umzugehen verstehen, so daß es bei ihnen auch leicht möglich ist, daß sie statt in die Luft in die Menge schießen.

Weber die beteiligte Schwadron des 5. Manen-Regiments wird uns nach mitgeteilt, daß dort noch die alte Kommandogewalt in vollem Umfange bestehe und fast täglich den Mannschaften durch Korallebefehle zu Gemüte geführt wird, daß noch das alte Militärrecht bestehe und daß sie strengen Strafen unterliegen, wenn sie den Befehl verweigern, ganz gleich, worin der Befehl besteht und welchem Zweck er dient.

Ein Mitglied der republikanischen Soldatenwehr teilt uns über die Vorgänge in der Weinmeister- und Münzstraße als Augenzeuge folgendes mit:

Während wir die Wache am Alten Museum hatten, bemerkten uns plötzlich bewaffnete Angehörige des Kavallerie-Schützen-Kommandos verschiedentlich den freien Durchgang durch Straßen, die zu hemachen unsere Aufgabe war. Teilweise wurden uns unsere Ausrüstung abgenommen, die Binden abgerissen und wir einige Zeit festgehalten. Nach dem Eingreifen einer Patrouille aus dem Marstall wurden wir wieder in Freiheit gesetzt und gaben, da unsere Wache abgelaufen war, unsere Waffen, wie gewöhnlich, im Marstall ab. Als ich auf meinem Nachhausewege in die Nähe der Weinmeisterstraße kam, hörte ich bereits die

ersten Schüsse

fallen. Ich sah, während ich mich in einen Haufen rettete, wie ein Angehöriger des Kavallerie-Schützen-Kommandos einen Schuß in die Luft abgab, darauf mit dem zweiten Schuß eine Frau, die sich in der in voller Flucht befindlichen Menge befand, niederstreckte. Die Straße war im Nu geleert, nur die Frau und ein etwa 17-jähriger Junge blieben liegen. Arbeiter sprangen hinzu und trugen die beiden, die bereits tot waren, fort.

Es gelang mir mit Hilfe von Kameraden, den Soldaten, der die Frau erschossen hatte, im Real-Gymnasium in der Weinmeisterstraße aufzufinden und festzunehmen zu lassen.

Als ich wieder auf die Straße trat, wurde ich von einem Leutnant angehalten mit der Behauptung, daß ich an den Kämpfen beteiligt gewesen wäre und nach der Reinhardt-Kaserne abgeführt. Der Oberleutnant, dem ich dort vorgeführt wurde, äußerte u. a.: „Dah schadet nichts, daß geschossen ist.“

Diese Gehen müssen mit Pulver vertrieben

werden, sonst gehen sie ja nicht weg.“ Nachdem ich auf Veranlassung einer Patrouille der republikanischen Soldatenwehr wieder freigelassen war, wurde ich in der Kaiser-Wilhelm-Straße heimgeworfen, wie Maschinengewehr, mit denen auf die Volksmenge geschossen werden sollte, von Arbeitern zertrümmert wurden.

In der Brunnenstraße wurde ebenfalls mit Maschinengewehren geschossen und Handgranaten geworfen.

Ein junger Mann, der sich in einen Hausflur kletterte, wurde von den Soldaten verfolgt und im Hausflur erschossen. Trotzdem er sofort untersucht wurde, fand sich nicht die geringste Waffe bei ihm.

Ein anderer Augenzeuge ist: folgendes zu Protokoll:

Es erscheint der Soldat der republikanischen Soldatenwehr Walter Schimmler aus dem Depot 11, 2. Kompanie, wohnhaft in Berlin, Tiedstr. 9, und sagt folgendes aus:

Ich passierte heute mittig in der Zeit zwischen 1 und 1½ Uhr die Weinmeisterstraße in der Richtung der Münzstraße. Es fiel mir vorher schon auf, daß überaus große Truppenansammlungen fast bewaffnet standen. Wie mir mitgeteilt wurde, sollte es sich um eine Häuserdurchsuchung handeln. Als ich richtig meinen Weg ging, erscholl in der Mitte der Weinmeisterstraße von den Regierungstruppen der Ruf: „Straße frei!“ und sofort folgte Maschinengewehr- und Gewehrfeuer ein. Der Erfolg waren

3 Tote und ein Schwerverwundeter.

Ich sah daraufhin den Führer der Aktion, einen Mittelweger, um Aufklärung, der mir erklärte, daß verschiedene Mannschaften der Regierungstruppen von Zivilisten entwaffnet und die Gewehre unbrauchbar gemacht worden wären. Daraufhin sei der Befehl erteilt worden, die Weinmeisterstraße zu räumen und zu schließen, und zwar sollten nur Schüsse in die Luft abgegeben werden, aber die Verluste drüben auf etwas anderes hin.

Eine starke Patrouille passierte in der Richtung der Rosenhoferstraße die Neue Schönhauserstraße. Der Führer der Patrouille, ein Leutnant, trug keine Waffe einschließend in der Hand. Sämtliche Leute hatten scharf geladene Gewehre und

mehrere davon waren nicht geladert, trotzdem die Leute den Finger am Abzugsbügel hatten. Der Führer rief andauernd: „Straße frei.“ Die Patrouille wurde Folge geleistet. Meines Erachtens nach hat gerade diese Patrouille provozierend auf die Passanten gewirkt. Als ich dann am Haken Markt die Postenkette passierte, wurde ich angehalten trotz meiner Anbinde. Es wurde mir erwidert, daß dieselbe keinen Wert mehr hätte, wir würden in einigen Tagen haunnen. Darauf sagte ich: „No, Kameraden, ein großes Unheil hat heute ja schon angerichtet.“ Darauf bat mich ein Hauptmann, ihn zu begleiten. Ich wurde vor den Kommandeur geführt und mußte meine Personalien angeben. Es mußte sogar ein Kamerad auf telephonischen Anruf erscheinen und meine Personalien bezeugen, ehe ich entlassen wurde. Während des Gesprächs sagte der Herr Major aus: Wenn bei uns Befehl zum Schießen gegeben wird, dann wird niemals der Befehl gegeben, in die Luft zu schießen. Er gab auch an, daß seine Leute vom Volke entworfen worden seien, daß aber die Täter größtenteils verhaftet worden sind. Ich versicherte, daß zu der Zeit der Verhaftung die Weinmeisterstraße einwandfrei war und daß wirklich Unschuldige diesem überflüssigen Befehl zum Opfer gefallen sind.

Nach den genaueren Feststellungen hat das Blutbad 5 Todeopfer und 9 Verwundete gefordert. Von den 5 Todesopfern konnten bisher 3 Personen, 2 Männer und 1 Mädchen, bereits festgestellt werden. Es sind dies eine 30 Jahre alte Martha Schiema ein Otto Lehner und ein Paul Richter. Die Wohnungen dieser Personen waren bisher noch nicht zu ermitteln. Die zwei noch völlig unbekanntenen Personen sind im Ledwigt-Krankenhaus verstorben. Von den 9 Verwundeten liegen auch noch einige bedenklich darnieder.

Neuregelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Berlin, 8. Februar. Die Reichsregierung hat heute eine Verordnung über die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge erlassen. Sie soll unter Mitwirkung der Einzelstaaten und der Selbstverwaltungskörper des Reichs übernommen werden. Beim Reichsarbeitsamt wird ein Ausschuss der Kriegsbeschädigten- und Kriegsunterbliebenenfürsorge errichtet, der sich in zwei Abteilungen gliedert. In die Abteilung Kriegsbeschädigtenfürsorge werden neben Vertretern der in jedem Bundesstaat zu errichtenden Hauptfürsorgestellen für Kriegsbeschädigte mindestens je ein Vertreter solcher Vereinigungen der Kriegsbeschädigten berufen, die ihre Wirksamkeit auf das Reich erstrecken und eine entsprechende Mitgliedschaft haben. Der Reichsausschuss hat hauptsächlich die Aufgabe, die Grundzüge für die Durchführung der Fürsorge aufzustellen. Den Hauptstellen für die Fürsorge sind Beiräte angegliedert, in welche Vertreter der Kriegsbeschädigten, der Kriegsunterbliebenen, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sowie in der sozialen Fürsorge erfahrenen Persönlichkeiten zu berufen sind. Der Beirat ist zugleich endgültige Beschwerdestelle der einzelnen Fürsorgestellen gegen die Verfügungen der Hauptfürsorgestelle. Die Verordnung tritt, soweit es sich um organisatorische Maßnahmen handelt, mit dem Tage der Verkündung, im übrigen für jeden Bundesstaat mit einem von der Landeszentralbehörde zu bestimmenden Tage in Kraft.

Um unsere Gefangenen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Zwei Vertretern des Volksbundes zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, dem bereits über zehn Millionen Deutsche angehören, sollte in Epaa Gelegenheit gegeben werden, bei Beginn, die bisher zu keinem Entgegenkommen in der Frage der Heimkehr, und unserer Gefangenen zu bewegen waren, persönlich ihre Wünsche vorzutragen. General Rudant lehnte diesen Vorschlag ab. Er erklärte sich nur bereit, alle Mitteilungen durch den deutschen Vorkämpfer entgegenzunehmen und weiterzugeben. Er könne nur mitteilen, daß die Alliierten auf ihrem Standpunkt beharren, die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen erst auf der Friedenskonferenz zu regeln; er sei aber bereit eine erneute Bitte des deutschen Vorkämpfers wegen der Heimförderung der deutschen Kriegsgefangenen den verbündeten Regierungen zu übermitteln.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Bern, 7. Februar. Im Gewerkschaftskongress eröffnete Jansson: Der Waffenstillstand ist zwar abgeschlossen, aber die Blockade besteht härter als zuvor. Unsere Schiffe können nicht ausfahren, ebenso die Handelschiffe. 85 000 Seeleute sind arbeitslos. Ich gehe nicht auf die politische Seite dieser Frage ein, sondern auf die gewerkschaftliche. In englischen Arbeiterkreisen glaubt man, daß Deutschland bereits wieder Waren auslaufen kann. Dies ist nicht der Fall. Nach dem Waffenstillstand ist dies unmöglich geworden. Ich will keine Erklärung der Konferenz zu dieser Frage fordern, sondern nur eine solche der englischen und französischen Delegationen. — Grünwald-Wien empfiehlt die Annahme folgender Resolution: War schon vor dem Kriege der Bestand einer starken und geeinigten internationalen Gewerkschaftsbewegung eine der wichtigsten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse aller Länder, so ist deren unbedingte Notwendigkeit für die Zukunft noch mehr gegeben. Die Wiederherstellung der zerstörten Volkkräfte und die Sicherung der materiellen und geistigen Interessen der arbeitenden Klassen werden stärkerer Gewerkschaften in jedem Lande bedürfen. Diese werden um so kräftiger sein, je mehr sie Mithilfe und gegenseitige Hilfsbereitschaft bei den Gewerkschaften aller anderen Länder finden. Von dieser Erwägung ausgehend, spricht sich die internationale Gewerkschaftskonferenz für die rasche, definitive Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Internationalen aus. Sie fordert in Konsequenz dieser Anschauung die in Amsterdam bestehende Zweigstelle des internationalen Gewerkschaftsbundes auf, im Einvernehmen mit der dem Bunde angehörenden Landeszentrale und mit der Korrespondenzstelle der Gewerkschaften auf den Weststaaten in Paris so rasch, als es die Umstände gestatten, spötkend jedoch bis März dieses Jahres eine neue internationale Gewerkschaftskonferenz einzuberufen, deren Aufgabe es sein soll, die Vollständigkeit und Geschlossenheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung wiederherzustellen.

Nach einer kurzen Aussprache über diese Resolution wurde sie mit 28 Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen.

Frauenwahlrecht in Luxemburg.

Luxemburg, 8. Februar. (Sond.) Die Kammer nahm den Gesetzentwurf an, durch den Frauen das Stimmrecht für die Wahlen zur Kammer und Abgeordnete 21 Jahre, Wahlberechtigung nach 25 Jahren ab.

A. WERTHEIM

Kostümröcke

Rock aus meiertem Stoff, moderne faltige Form m. Gürtel 22.00
 Röcke a. cheviotartigen Stoffen, schwarz, marine, braun, meiert, versch. Formen, glatt, mit Gürtel oder faltig ... 69.00
 Seidenrock aus Taffet, schwarz u. marine, neue georg. Form, breiter Gürtel mit Hohlsaum und Knöpfen ... 98.00

Unterröcke

Unterrock aus basfarbiger Kunstseide, Ansatz m. Säumchen garniert ... 40.00
 Unterrock weiches Seidenband, neue Form, hoher reich garnierter Ansatz, verschied. Ausführungen ... 79.00
 Unterrock a. gutem Taffetband, hoher Ansatz m. Säumchen und Ziehung ... 95.00

Blusen

Bluse aus gestreifter Seide, halsfreie Form ... 39.00
 Bluse aus gesticktem Waschkolla, offen und geschlossen zu tragen ... 58.00
 Bluse aus dunkelgestreifter Seide, in verschiedenen Dessins ... 59.00
 Bluse aus Pailletseide, halsfreie Form, in verschied. Farben

Gesellschafts- und Teekleider
 aus Crêpe de chine, Tüll und Satin-Grenadine aparte Ausführungen in verschiedenen Preislagen

Ball- und Tanzkleider
 in jugendlichen festlichen Formen aus Tüll, Crêpe de chine und Châpe-Voile in großer Auswahl und zu vorteilhaften Preisen

Weißwaren

Jabot mit Stehkragen aus Tüll mit Spitze ... 2.90
 Jabot m. Stehkragen aus Spitze ... 4.25
 Blusenkragen aus Mull mit Spitzen-Ansatz ... 4.90
 Blusenkragen Mull mit Spitzen-Ansatz ... 5.25
 Blusenkragen aus Opal mit imitierten Filet-Motiven u. Spitze ... 6.50
 Marabukragen ... 20.00

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz
 Direktion Wilhelm Kayser.
 3 Uhr: Komödie der Liebe.
 7 Uhr: Luther.

Opernhaus
 Nachm. 2 Uhr: 3. Volks-Vorstellung.
 7 Uhr: Ermäßigter Preis.
Der Freischütz.
 7 Uhr: Rigoletto.

Schauspielhaus
 Nachm. 2 Uhr: 2. Volks-Vorstellung.
 7 Uhr: Ermäßigter Preis.
Othello.

Deutsches Theater
 2 Uhr: Frühlingserwachen.
 7 Uhr: Das Lehre schneidet in der Fasanerie.
 Mont. 7 Uhr: Von morgens bis mitternachts.

Kammerspiele
 7 Uhr: Der Sohn.
 7 Uhr: Narrenspiel des Lebens.
 Montag 7 Uhr: Der Sturz des Apostel Paulus.

Kleines Schauspielhaus
 Fasanenstraße 1, Portal 3.
 7 Uhr: Die Büchse der Pandora.
 Montag 7 Uhr: Die Büchse der Pandora.

Königgrätzer Str.
 3 Uhr: Der Katzensteg.
 7 Uhr: **Purpus.**
Komödienhaus
 Schillbühnenstr. 25.
 7 Uhr: Die Ehre.
 7 Uhr: **Erdgeist.**

Berliner Theater
 3 Uhr: Die tolle Komödie.
 7 Uhr: Sterne, die wieder leuchten.

Lessing-Theater
 Direkt. Victor Barnowsky.
 3 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.
 7 Uhr: Der Schöpfer.
 Montag: Der Schöpfer.
 Mittwoch: Der König.
 Donnerstag: Der 5. böhmische Kriegstag.
 Freitag: Der Gynäkologe.
 Samstag: Der Schöpfer.
 Sonntag: Der Schöpfer.
 Montag: Der Blauruch.
 (Neuauflage)

Deutsches Künstler-Theat.
 1 Uhr: Mein Nachbar Amelia.
 Heute und folg. Tage 7 Uhr: **Nachbeleuchtung**

Th. d. Friedrichstadt
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Drei tolle Tage

Yriannon-Theater
 Hpt. Friedrichstr. 21c. 4977, 2201
 7 Uhr: **Der gute Ruf**
 Von Hermann Sudermann.

Residenz-Theater
 Täglich 7 Uhr:
Das höhere Leben.
 Von Hermann Sudermann.

Central-Theater.
 7 Uhr: **Die Ross von Stambul**

Deutsch-Berliner-Theater.
 7 Uhr: **Tiefenland.**

Kleines Theater.
 7 Uhr: **Tejala rusa.**

Komische Oper.
 7 Uhr: **Schwarzwalddödel.**

Lustspielhaus.
 7 Uhr: **Die spanische Fliege**

Metropol-Theater.
 7 Uhr: **Die Faschingtonen.**

Operettenhaus.
 7 Uhr: **Die deutsche Susanna**

Schiller-Theater-Charlottenburg
 3 Uhr: Die Braut v. Messala.
 7 Uhr: **Anatol.**

Inalla-Theater
 3 Uhr: Unter d. blühenden Linde.
 7 Uhr: **Polnische Wirtschaft.**

Theater am Nollendorfplatz.
 3 Uhr: Eva.
 7 Uhr: **Der Juxbaron.**

Theater des Westens.
 3 Uhr: Die Dollarsprinzessin.
 7 Uhr: **Die lustige Witwa.**

Walther-Theater
 3 Uhr: Graf Hohenheim.
 7 Uhr: **Geisha**

Rose-Theater
 3 Uhr: Der Barbier v. Sevilla.
 7 Uhr: **Der Mann ohne Vergangenheit.**
 Opernspiel d. Friedrich-Wilhelm-Str.-Theaters.

Walhalla-Theater
 3 Uhr: Fräulein Schmeißel.
 7 Uhr: **August der Starke**

Casino-Theater.
 Lothring. Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr:
 Der erfolgreiche Schilger
Die goldene Brücke

METROPOL
Kabarett
 Behrenstr. 53-56
 Dir. Alex Braune.

Albe Holk
Norma & Fernand
Lanzigs? —
Dugson

Elli Glässner
Otto Röhr
Robert Steide'

Gyigyl-Konzerte

Vorsichtige Küche.

Wintergarten
 Das grosse
Spezialitäten-Programm
 Anfang 1/8 Uhr

Eintritt frei!
Lieban-Kabarett
 Künstler-Diele
 Tauentzienstr. 34.
 Ab 4 Uhr: Orchester
 von 6-7 Uhr:
 das große Programm.
 Ab 7 Uhr: Tanz.
 Teilweiser Teil, Salsa, Balalaika, Schach, Jodel, Singspiel, R. Wain, R. Effen, Zehn Prosa.

Spedition
Maach
 von Kamerunerstr. 52
 nach Kamerunerstr. 5
 per 7000.

Lichtenberg
 Die Spedition Tausdorfer
 Straße 3 (Potsdam) ist verlegt
 nach

Tausdorfer Straße 25
 (Potsdam).

Spedition
Maach
 von Kamerunerstr. 52
 nach Kamerunerstr. 5
 per 7000.

Lichtenberg
 Die Spedition Tausdorfer
 Straße 3 (Potsdam) ist verlegt
 nach

Tausdorfer Straße 25
 (Potsdam).

Spedition
Maach
 von Kamerunerstr. 52
 nach Kamerunerstr. 5
 per 7000.

Lichtenberg
 Die Spedition Tausdorfer
 Straße 3 (Potsdam) ist verlegt
 nach

Tausdorfer Straße 25
 (Potsdam).

Spedition
Maach
 von Kamerunerstr. 52
 nach Kamerunerstr. 5
 per 7000.

Künstliche Zähne

mit echtem Para-Friedenskautschuk
 Goldkronen, Brücken, Plomben,
 Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse,
 Zahnziehen mit Betäubung.
 Billige Preise, evtl. Teilzahlung.

Zahnpraxis M. Löser, Brunnenstr. 185
 zwischen Rosenthaler Platz und Invalidenstr. 185
 Sprechstunden: 9-1, 3-7, Sonnt. 9-12.

10000 Karbidlampen
 prima Ausführung, wundervol helle
 Beleuchtung, jetzt bedeutend billiger.
 Garantie für jede Lampe.
 Nr. 10 Probestück M. 3.50 25 Stück 42.75
 50 Stück 4.25, 100 Stück 4.20
 Nr. 20 Probestück M. 12.50 an.
 Prima Karbidbrenner „Cejo“ per 100
 Stück M. 16.—, Händler haben abh.

Fahrradhaus Heise, Berlin, Oranienstraße 32.
 Zweiggeschäft Berlin, Große Frankfurterstraße 145.
 Zweiggeschäft Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 157.

PIANOS
Adam, Münzstr. 16
 große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparatwerkstatt wie neu hergestellt, sowie
 neuer Pianos, Pianoplate, weiße Flügel.
 Kapitolbespannung 1800 Mark.
 Klavierstimmer Adam, Münzstr. 16.

»DIE ERDE«
 Politische u. kulturpolitische Halbmonatsschrift
 Herausgeber: Walther Rilla
 Heft 3 erschienen!
 Mit Beiträgen von: Walther Rilla,
 Georg Fuchs, A. Lanatharung, Max
 Herrmann, Walter Heinrich, Hans
 v. Holten, Kurt Kersten u. a. //

Zu beziehen durch die Buchhandlungen
 oder direkt vom
Verlag »DIE ERDE« Breslau I
 Schulweidnitzerstraße 43b
 Einzelheft 1 Mk., Quartalsabonnement 3 Mk.

Arbeiter-Wanderbund
„Naturfreunde“.
 Sonntag, den 9. Februar 1919
 im großen Saal „Haverlands-Festsäle“
 Neue Friedrichstr. 35

Lichtbilder-Vortrag
 des Herrn Otto Roth.
Im Reiche der schwarzen Diamanten.
 Nach dem Vortrage gemäß Beisammensein u.
 Saalöffnung 4 1/2 Uhr. Eintritt 1.— M. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Eintrittskarten sind bei Fritz Kruse, Mariannenstr. 11, Kurt
 Haasdorf, Neukölln, Emser Str. 97, sowie an der Kasse zu haben.

Arbeiter-Gesangverein
 50 Mitglieder, sucht tüchtigen
Dirigenten.
 Übungsstunde: Donnerst. von 6-8 Uhr.
 Angebote erbeten an H. Nitzsche, Jas-
 munderstr. 4.

Deutscher Siedlerbund.
 Für unsere Siedlungen im Umkreis Berlins, nehmen wir
 noch kostengünstige Mitglieder auf. Auskunft erteilt die
 Geschäftsstelle Link-Strasse 28, am Phildamer
 Platz, sowie unsere Mitglieder: Paul Jaeckel, 30,
 Theodor Straße 65, Hans Hahn, Moabit, Sickingen-Strasse 34,
 Friedrich König, Neukölln, Sanderstr. 18.

Spezial-Behandlung
 von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art
 bei Männern und Frauen, Harnröhrenentzündung, Syphilis,
 Mehlgeschwür, Flechten, Beiloiden, Mannschwäche,
 Nieren-, Blasenleiden usw. nach
 Primärarzt Dr. Hermanns u. gleichem, pituitom Selbstversuch
 möglichst schnell, schmerzlos, ohne Operation u. Ursubstanz.
 Auch Anwendung der wissenschaftlich anerkannten u. allgemein
 bewährten künstl. Hilfen. Ausw. Wasser-Sarab-Behandl.
 Eisassstr. 42, I (4 Min. v. Stett. Bahnh.)
 Sprechst. 10-12 u. 3-7 Uhr.
 Dr. Hermanns Late Fränkisch, Sonnt. v. 10-11 Uhr vorz.

Erprobte Erfindung! Zum Schutz der Volksgesunden,
 Beseitigung von Ausflüssen u. chron. Katarrhen
 (techn. u. sanitär.)

SANABO
 UR.N. 289184
 Spezialreines Sph.-Instru-
 ment bei Blasen-, Darm- u.
Harnleiden
 aller Art.
 In Krankenhäusern, Lazaretten, Kliniken im Gebrauch.
 Empfehlung von ersten Autoritäten.

Erhältlich für Ärzte oder an örtliche Verordnung:
„Sanabo“ Berlin W., Bölowstr. 12, part.
 L. u. K. Tel. Nollend. 568.
 Aerialische Sprechstunden 12-2, 6-8 Sonntags 11-1.
 Prospekte

Zähne 2 Mark!
4.— Mark
 mit echtem
Friedens-Kautschuk
 schönes, natürliches Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie.
 Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter
 Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!

Echte Goldkronen von 20 Mark an.
Keine Luxuspreise.
 Persönliche fachmännische Mund-
 untersuchung und Rat kostenlos.

Zahnpraxis Hatvani
 Ganziger Strasse 1
 Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
 Sprechstunden von 9-12, 2-7, Sonntags und Feiertags 9-12.

In den letzten 2 Jahren über
2500 Gebisse zur vollsten Zu-
friedenheit geliefert. ::

Spezial-Behandlung
 von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden
 jeder Art bei Männern und Frauen spez. veraltete (chroni-
 sche) Harnleiden u. Ausflüsse, nervöse Schwäche
 usw., Ehrlich-Hata-Kuren, Blutuntersuchung,
 Licht- und Finnen-Behandlung, Quecksilber-
 Entziehungs-Kuren. Eigenskur-Bed für elektrische und
 medizinische Bilder, ohne Berufsunfähig., Getrennte Räume
 für Damen und Herren.

Aerztlich geleitete Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz.
 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

Neu erschienen in 3. Auflage:
Hygiene der Ehe
 Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute
 von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.

Kaus d. Inhalt: Ueber die Frauen-Organen, Körperliche
 Eignlichkeit u. Unmöglichkeit, Gebär- u. Stillfähigkeit
 Frauen, die nicht heiraten sollten etc. — Enthaltsamkeit u.
 Ausschweifungen vor der Ehe, Eheliche Pflichten, Keusch-
 heit oder Onanismus? Hindernisse der Liebe etc. — Krank-
 heiten in der Ehe, Rückstände früherer Geschlechtskrank-
 heiten, Vererbung und Ansteckungsschutz, — Körperliche
 Leiden der Ehefrau, Entstehung und Heilung der weiblichen
 Geschlechtsleiden, Folgen der Kinderlosigkeit, Gefahren spätem
 Heiratens für die Frau, — Neurasthenie und Ehe, Hygienische
 Anfälle, Hygiene des Nervensystems bei Mann und Frau etc.
 Bezug gegen Einsendung v. M. 7.— od. Nachnahme durch
 Medizin. Verlag Schwabe & Co., Abt. 343, Berlin NW 87,
 Eyke v. Reckowplatz 8.

Soz. Wahl. des 4. Berl.
 Reichst.-Wahlk. U.S.P.D.
 Abt. 16, Bez. 388.
 Den Genossen zur
 Nachricht, daß unser Genosse
 der Gürtler
Max Severin
 Gräber Weg 91 am 4. Fe-
 bruar 1919 verstorben ist.
 Die Beerdigung findet
 am Dienstag, den 11. 2.,
 abm. 4 Uhr in Wilhelm-
 berg von der Leichen-
 hallen der St. Prax-Gem.
 aus statt.
 Um rege Beteiligung
 bitte der Vorstand.

Soz. Wahl. des 4. Berl.
 Reichst.-Wahlk. U.S.P.D.
 Abt. 2, Bez. 189.
 Den Genossen zur
 Nachricht, daß unser Ge-
 nosse, der Gaswirt
Gustav Kast,
 Kottbuser-Str. 44, am
 1. Feb. 1919 an Gasver-
 giftung verstorben ist.
 Die Beerdigung findet
 am Dienstag, den 11. 2.,
 abm. 4 Uhr in Neukölln Her-
 mann v. Neuen Tomas-
 Kirchhof aus statt.

Bekanntmachung

Über die
Reineinteilung d. Gewerblösenfürjorn
 Berlin.

Nr.	Stabszahl	Gewerblösen- und Zahlteile	Gewerblösen- teile
1	1-14, 181-198, 148-149	Stabszahl. 19	67/18
2	15-20		
3	21-25	Kaufm. 18	126/143
4	26-30		
5	31-35		
6	36-40, 187-142	Bergmannh. 60-68	60/204
7	41-45		
8	46-50	Weidenberger Str. 181/159	145/151
9	51-55	Veramannh. 10-15	60/208
10	56-60, 190-145	Wemmer Str. 24/25	25/27
11	61-65		
12	66-70	Wemmer Str. 16/17	27/258
13	71-75		
14	76-80, 1-9, 100-4		
15	81-85, 104-201		
16	86-90, 105-149		
17	91-95, 150-271	Stabszahl. 19	67/18
18	96-100, 280 u. 241	Stabszahl. 19	15/171
19	101-105		
20	106-110		
21	111-115		
22	116-120		
23	121-125		
24	126-130		
25	131-135		
26	136-140		
27	141-145		
28	146-150		
29	151-155		
30	156-160		
31	161-165		
32	166-170		
33	171-175		
34	176-180		
35	181-185		
36	186-190		
37	191-195		
38	196-200		
39	201-205		
40	206-210		
41	211-215		
42	216-220		
43	221-225		
44	226-230		
45	231-235		
46	236-240		
47	241-245		
48	246-250		
49	251-255		
50	256-260		
51	261-265		
52	266-270		
53	271-275		
54	276-280		
55	281-285		
56	286-290		
57	291-295		
58	296-300		
59	301-305		
60	306-310		
61	311-315		
62	316-320		
63	321-325		
64	326-330		
65	331-335		
66	336-340		
67	341-345		
68	346-350		
69	351-355		
70	356-360		
71	361-365		
72	366-370		
73	371-375		
74	376-380		
75	381-385		
76	386-390		
77	391-395		
78	396-400		
79	401-405		
80	406-410		
81	411-415		
82	416-420		
83	421-425		
84	426-430		
85	431-435		
86	436-440		
87	441-445		
88	446-450		
89	451-455		
90	456-460		
91	461-465		
92	466-470		
93	471-475		
94	476-480		
95	481-485		
96	486-490		
97	491-495		
98	496-500		
99	501-505		
100	506-510		

Berlin, den 8. Februar 1919.
 Magistrat
Erwerblösenfürjorn
 Gellertsch.

Zeitungsfrauen

werden noch in nachstehenden Expeditionen eingestellt
 Berlin:

Cito Schwann, Dönhofsstr. 10.
Wieg. Baumstr. 36.
Wend. Str

